



Vlikraft

- 02 **Verkehrte Welt**
- 03 **Ethikunterricht**
- 04 **Skandal in der Landesleitung BMHS Vorarlberg**
- 06 **Flüchtlingsklasse**
- 08 **Oberstufe NEU an der HAK Bregenz**
- 10 **Zukunftsfonds - Wo bleibt das Geld für Bildung?**
- 12 **News**
- 14 **Sportgymnasium – unzumutbare Arbeitsbedingungen**
- 15 **Empfehlungen**
- 16 **Schulen schauen – Brücken bauen**

April | 2016

Verkehrte Welt

Gerhard Pušnik

Die Anhänger der ÖVP verstehen ihre kleine Parteiwelt nicht mehr. VertreterInnen der ÖVP-Vorfeldgruppen ÖPU, Pro Gymnasium und FCG drohen mit dem Aufkündigen der Gefolgschaft und stellen kritische Fragen an den Genossen Mittellehner. Sie sind entsetzt, weil ihr Obmann angekündigt hat, er werde sich für eine Modellregion einsetzen.

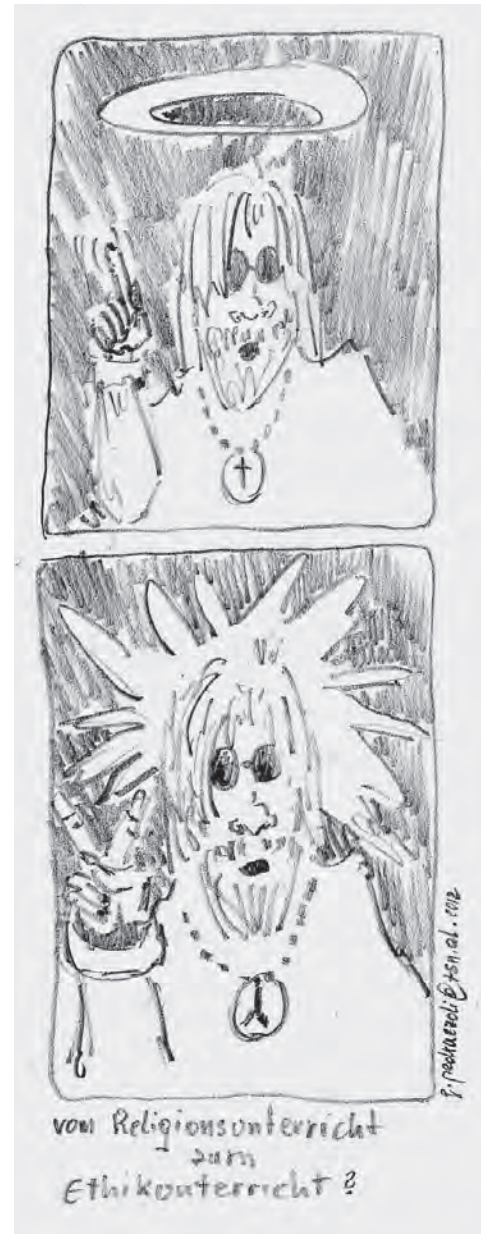
Sie übersehen dabei eins: Eine gemeinsame Schule der 10-14jährigen wird nicht eingeführt, weil sie besser für die SchülerInnen ist, oder damit Schluss ist mit der unsäglichen Aufteilung der Kinder mit 9 Jahren, oder weil es für die NMS-LehrerInnen eine Erleichterung wäre, oder weil sie einer demokratischen, sozialen Gesellschaft mehr entspricht.

In Vorarlberg wird sie dann eingeführt, wenn sie den Vorstellungen und Erwartungen von Industriellenvereinigung und WK entgegenkommt. Sie sind es, die alle Talente bestmöglich nützen möchten, damit die weite Welt mit den neuesten Entwicklungen dieses innovativen Wirtschaftsstandortes beliefert werden kann. Möbelbeschläge, Kabinenseilbahnen und Offshore-Krane

soll es auf allen Kontinenten geben. Dazu braucht es aber die vielen talentierten Fachkräfte, an denen es derzeit mangelt.

Der Streit um die Schulform ist bald 100 Jahre alt. Die aktuelle Auseinandersetzung um eine Modellregion verdeckt die tatsächlich relevanten und aktuellen Entwicklungen, die das öffentliche Schulsystem in seinen Grundfesten erschüttert. Zentralisierung von Tests, Standardisierung, Kompetenzorientierung, Monitoring, Neue Oberstufe etc. werden uns als Errungenschaften verkauft und sind doch nur Stationen auf dem Weg zur Flexibilisierung der Schulwelt, Degradierung der LehrerInnen und Privatisierung von Bildung. Die GÖD steht dieser Entwicklung plan- und fassungslos daneben.

Ein Appell an die schwarzen Vorsitzenden ist sinnlos. Wir zählen auf die solidarisch-kritische Basis, auf gemeinsames, regierungsunabhängiges und parteiübergreifendes Vorgehen. Mit der neuen vlikraft wollen wir einen Beitrag leisten zu einer konstruktiven und kritischen Diskussion, unabhängig von parteipolitischen Überlegungen.



2

**Wer sein Leben in die Hand nimmt, hat mehr davon.
Werden Sie aktiv, um gemeinsam mit Gleichgesinnten
die Schulwelt zu verbessern.**



unabhängige bildungsgewerkschaft

www.bildungsgewerkschaft.at

Rechtsschutz

Beratung

Service

18 € Mitgliedsbeitrag

Warum ich der Meinung bin, dass Ethikunterricht in der Schule immer notwendiger wird

Sabine Mathis

ETHIK

Durch die fortschreitende Säkularisierung nehmen immer mehr Schüler/innen der Oberstufenklassen, aber auch immer mehr jene der Unterstufenklassen, nicht mehr am konfessionellen Religionsunterricht teil.

Diese Schüler/innen ‚entziehen‘ sich der Werteerziehung durch den Religions- bzw. Ethikunterricht. Deshalb fordere ich mit Nachdruck die Einführung des verpflichtenden Ethikunterrichts bereits ab der 1. Pflichtschulklasse.

Der Ethikunterricht vermittelt Werte, spricht alle Themen an, unabhängig von Philosophien und Religionen, und hilft den Schüler/innen, sich frei und unabhängig zu entwickeln und eine persönliche Wertehierarchie aufzubauen.

Die Schüler/innen sollen über Gleichheit und Gerechtigkeit, Freundschaft und Glück, über Glauben und Lebensinn gemeinsam und nicht in nach Religion und Herkunft geteilten Gruppen miteinander reden. Die direkte Konfrontation mit den großen Fragen des Zusammenlebens benötigt einen eigenen Raum, in dem die Überzeugungen aufeinanderprallen dürfen und die Schüler/innen gemeinsam voneinander und miteinander lernen, ohne die Möglichkeit, sich auszuklinken und in die religiöse Nische zurückzuziehen. Warum sollte

man gegenseitige Toleranz ausgerechnet dann am besten lernen, wenn man die Klassen aufteilt: in Gläubige und Agnostiker, Evangelische und Katholische, Sunniten und Aleviten? Bei den großen Themen braucht es eine Dialogmöglichkeit. Das schärft die soziale Kompetenz, denn es gibt kein einfaches Richtig oder Falsch. Man muss lernen, verschiedene Blickwinkel einzunehmen und das in einem Fach, im gleichen Klassenzimmer. Der Ethikunterricht bietet für alle Schüler/innen dafür den geeigneten Rahmen.

Zwar nimmt der Bildungsauftrag alle Fächer in die Pflicht, Sport ebenso wie Physik, Geschichte und alle Gegenstände im Fächerkanon, dennoch braucht es eine geeignete Plattform um die vielfältigen Fragen an die Welt, wie sie Kinder noch haben, diskutieren zu können. Diese bietet für mich das Fach Ethikunterricht.

Die Schule muss in einer globalisierten Welt, in der Menschen aus verschiedensten Herkunftsländern und Religionen miteinander leben, mehr denn je Mitmenschlichkeit und Rücksichtnahme vermitteln, muss über Vorurteile und Gewalt diskutieren und über die Würde des Menschen und seine Rechte informieren. Sie hilft damit, eine Wertebasis zu schaffen, auf der sich die Schüler/innen und zukünftigen Bürger/innen ver-

ständigenden können. Es braucht Menschen mit Rückgrat, Menschen die die Verantwortung für ihr Handeln tragen und selbständig und kritisch denken können. Mitläufer, die die Meinung anderer unkritisch übernehmen, gibt es genug und diese werden immer mehr zur Gefahr für Freiheit und Menschlichkeit.

Kindergarten und Schule können dazu beitragen, die Moralentwicklung von Kindern zu fördern. Damit meine ich ihre Fähigkeit, Gut und Böse unterscheiden zu können, das eigene und das fremde Verhalten an diesem Maßstab zu messen und ihrem Verhalten Normen und Werte zugrunde zu legen, die sie bewusst wählen.

Diese Dinge kann die Schule fördern, indem sie solche Situationen simuliert, in denen Kinder ethische Entscheidungen treffen und begründen müssen. Kant, Aristoteles und viele andere Philosophen brauchten weder die Bibel noch den Koran, um die Regeln des Zusammenlebens zu begründen.

Landesleitung

BMHS Vorarlberg: GÖD - FCG sagt Wahl einfach ab.

Manfred Sparr
VLI BMHS



Die Art und Weise, wie die Fraktion christlicher Gewerkschafter (FCG) die anstehende Wahl der BMHS Vorarlberg - Landesleitung (LL) der Gewerkschaft öffentlicher Dienst (GÖD) verhindert hat, könnte man kabarettreif nennen

Obwohl bereits in der letzten Periode die LL direkt gewählt wurde und der Vorsitzende der Landesleitung, Buda Elmar, noch Anfang Oktober die Wahl (Briefwahl) der LL auch für 2015 bis 2020 vorgeschlagen und die LL diese einstimmig beschlossen hat, sagt Buda am 23. Oktober in einem Mail die Wahl ab – ohne Genierer. Gerade ein paar Tage, nachdem die VLI ihre Kandidat/innen-Liste eingereicht hat.

„Nach Rücksprache mit dem GÖD-Vorstand vom 21.10.2015 ist unsere Wahl zur Landesleitung zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht zulässig. Das Ergebnis der PV-Wahl vom November 2014 wurde im Bundeswahlresultat umgelegt“ (Mail Buda)

Klingt ja nicht schlecht, hat die VLI in der Personalvertretungswahl 2014 mit 80% (+10%) wohl eindrucksvoll gewonnen. Eine Umlegung des PV-Wahlresultates ergäbe 4 Mandate (+Vorsitz und Stellvertretung) für die VLI-UG und 1 Mandat für die FCG.

Auf meine Anfrage, wie sich der GÖD-Vorstand die zukünftige Mandatsverteilung in der LL vorstelle und mit wem er, Buda,

im GÖD-Vorstand Rücksprache gehalten habe, wurde mir nur mitgeteilt, dass „laut Mitteilung von Eugen Lampert [GÖD Vorarlberg] alle 5 Mandate der FCG, wobei es der FCG freisteht, der VLI einen Sitz in der Landesleitung zu überlassen“, zustehe. (Mail Buda)

Die seltsame Begründung (kurz zusammengefasst), es sei nicht erkennbar, dass die VLI mit der VLI-UG in Zusammenhang stehe, habe ich nach mühsamen Nachfragen und Interventionen in der Bundes-GÖD erfahren. Verständlich, dass auch im GÖD-Vorstand niemand dafür verantwortlich sein will.

Gewerkschaftswahl im November 2015
GÖD BMHS in Vorarlberg wählt die neue Landesleitung

VLI.UG eine starke Gewerkschaftsvertretung

VLI.UG BMHS
Vorstand: Lehrerinnen Institute

Wahlen

GÖD FCG

Setze ein Zeichen und unterstütze die parteiunabhängige Gewerkschaftsfraktion VLLUG!
Gewerkschaftswahl der GÖD BMHS Vorarlberg Oktober 2015

5

Unglaublich! Aber ich gebe zu, die Antwort hat mich nicht wirklich überrascht. Dazu kenne ich die GÖD schon zu lange und ihre internen Machtspielen zu genau.

Deshalb werden wir das Schiedsgericht in der GÖD damit beschäftigen, obwohl die bisherigen Erfahrungen mit diesem internen GÖD-Gremium nicht dazu angetan sind, dass eine (demokratiepolitisch) faire Entscheidung erwartet werden kann.

Der FCG ist nichts zu peinlich, wenn ihr weiterer Machtverlust droht.

Nach einer weiteren Niederlage in Folge der beiden FCG – Kandidaten Elmar Buda und Ernst Oberbauer bei der letzten Personalvertretungswahl, war wohl zu erwarten, dass auch die Gewerkschaftswahl in einem Debakel für die FCG endet. Die lähmende, „unauffällige“ Gewerkschaftsarbeit der FCG hätte sicher auch ihren Beitrag dazu geleistet. Entweder war diese Befürchtung der Auslöser der Kurzschlussreaktion der

GÖD-„Strategen“, oder sie sehen überhaupt keinen Grund, sich an die GÖD-Statuten zu halten und Fairness und demokratische Grundwerte in „ihrem“ Verein zu pflegen. Obwohl die FCG – Funktionär/innen in der GÖD schon in der Vergangenheit immer wieder auffällig undemokratisch agierten, gehen wir zu ihren Gunsten von der ersten Variante aus.

Flüchtlingsklasse: Pilotprojekt unter erschwerten Bedingungen

Katharina Bachmann

Das Projekt „Flüchtlingsklasse“ startete an der HAK/HAS Feldkirch mit viel Einsatz der Beteiligten. Die Bedingungen lassen jedoch sehr zu wünschen übrig. Mit einem kleinen Festakt wurden Ende November jene jugendlichen Flüchtlinge an der BHAK/HAS Feldkirch willkommen geheißen, die in diesem Schuljahr einen speziell für sie eingerichteten Lehrgang besuchen. Ähnliches spielte sich vermutlich an 29 anderen BMHS-Standorten in Österreich ab.

Rühriger Einsatz

Diese Lehrgänge gehen auf eine Initiative des BMBF zurück. Jugendliche Flüchtlinge ohne Kenntnisse der Unterrichtssprache werden nach einem vorgegebenen Lehrplan mit 30 Wochenstunden unterrichtet. Dabei liegt der Schwerpunkt auf der Vermittlung der Unterrichtssprache Deutsch. Aber auch andere allgemeinbildende Fächer und ein fachpraktischer Bereich werden, anfangs vorwiegend auf Englisch, unterrichtet. Ziel ist es, sie auf den regulären Besuch einer BMHS oder auf den Einstieg in eine Lehre vorzubereiten.

Sehr engagiert zeigten sich auch die Schülervertreter/innen der HAK/HAS Feldkirch, die in kurzer Zeit ein „Patensystem“ für die Neuankömmlinge an der Schule auf die Beine stellten. 120 Schüler und Schülerinnen erklärten sich bereit, den jungen Flüchtlingen in der Schule und auch außerhalb beiseitezustehen. Hinzu kommen immer wieder unterstützende Angebote externer Einrichtungen.

Der Einsatz an der Schule ist bemerkenswert und man spürt den Willen, das Beste für diese jungen Menschen, die ihre Heimat verlassen mussten, zu tun. Trotzdem muss an dieser Stelle auch auf ein paar Kritikpunkte hingewiesen werden.

Fehlende Zuverlässigkeit

Aus dem ersten Lehrplan, den das Ministerium den betroffenen Schulen zukommen ließ, war ersichtlich, dass die betroffenen LehrerInnen in Werteinheiten bezahlt werden sollen. Sechs Tage vor dem Start des Lehrgangs kam ein Schreiben vom Ministerium, das dies alles wieder auf den Kopf stellte. Der Lehrgang wurde zum Bildungsangebot im Rahmen der

Privatwirtschaftsverwaltung des Bundes‘ und die Unterrichtsarbeit dadurch plötzlich zur Nebentätigkeit, die mit einem fixen Betrag pro gehaltener Stunde abgegolten wird. Eine solche Vorgangsweise ist irritierend und lässt auf keinen zuverlässigen ‚Partner‘ schließen.

Diese Umstellung des Lehrganges führte auch dazu, dass kein Klassenvorstand mehr vorgesehen ist. Eine konkrete schulische Ansprechperson wäre jedoch für den Erfolg einer Klasse, die sich aus Flüchtlingen unterschiedlicher Nationalitäten zusammensetzt, unbedingt notwendig. Dass es keine Abgeltung für die anfallenden administrativen Tätigkeiten gibt, soll hier nur noch nebenbei erwähnt werden.

Zu große Gruppe

Ein weiterer Kritikpunkt bezieht sich konkret auf die Situation in Vorarlberg. Das Ministerium spricht in seiner Aussendung zu diesen Lehrgängen von einer Gruppengröße von 15 – 20, was vor allem für einen gelingenden Sprachunterricht sinnvoll erscheint. An der HAK/HAS Feldkirch beläuft sich die Größe





der Gruppe in der Zwischenzeit auf 42 – ungeteilt (außer im kaufmännischen Praktikum). Natürlich spricht man davon, dass im zweiten Semester ein weiterer Lehrgang an der HAK/HAS Bludenz eröffnet wird. Dass aber nicht umgehend versucht wurde, diesen zweiten Lehrgang zu eröffnen, ist unverständlich. So scheint - ohne die Arbeit und den Einsatz in Feldkirch abschwächen zu wollen – die Zeit bis Weihnachten eher eine Beschäftigungstherapie zu sein als sinnvoll gestalteter Unterricht. Dass bei dieser Gruppengröße zudem eine große Spannweite an Sprach- und Schreibkenntnissen vorhanden ist und was das für den Unterricht bedeutet, muss wohl nicht noch zusätzlich erläutert werden.

Ein Blick in die Zukunft

Da uns die Flüchtlingssituation nicht nur heuer, sondern sicher auch in den kommenden Jahren beschäftigen wird, ergeben sich folgende Punkte, die erfüllt sein müssen, damit ein solcher Lehrgang auch wirklich gelingen kann:

- Integration des neu geschaffenen Lehrganges in das Schulsystem, damit die Schule die Werteinheiten in ihr Kontingent übernehmen kann
- Abgeltung der administrativen Tätigkeiten
- Einsetzen eines bezahlten Klassenvorstandes
- Gruppengrößen, die dem Erreichen des Ziels, nämlich der Vorbereitung auf den Besuch einer weiterführenden Schule

oder dem Beginn einer Lehre, zumindest eine Chance lassen

Der Schwung, mit dem die HAK/HAS Feldkirch diesen Lehrgang begonnen hat, zeigt, dass die Schule bereit ist, ihr Bestes zu geben, um den jungen Flüchtlingen einen guten Start in ihrer neuen Heimat zu bieten. Eine Dauerlösung kann es unter diesen Bedingungen aber nicht sein.

PS: 16. März 2016: Die Übergangsklasse besteht seit dreieinhalb Monaten. Die unterrichtenden Lehrpersonen haben bisher noch keine Bezahlung für ihre Tätigkeit erhalten.



Neue Oberstufe an der HAK Bregenz – ein erster Erfahrungsbericht

Manfred Hämmerle
Direktor der HAK | HAS Bregenz

Über die Problematik des „Sitzenbleibens“ wurde schon sehr ausführlich diskutiert. Sie ist – genauso wie eine Darstellung der rechtlichen Rahmenbedingungen - nicht Ziel dieses Berichts. Zuletzt hat John Hattie in seiner aufsehenerregenden Studie auf die geringe Wirkung einer Klassenwiederholung hingewiesen. Diese Problematik war einer der Hauptgründe, an unserer Schule die neue Oberstufe im Schuljahr 2014/2015 als Schulversuch einzuführen. Allerdings sei noch darauf hingewiesen, dass Schüler/innen – falls sie in Schwierigkeiten geraten bzw. sogar eine Klasse wiederholen müssen – im derzeitigen Modell kaum eine professionelle Beratung in Anspruch nehmen können. Diese Möglichkeit, den Schülern/innen eine „individuelle Lernbegleitung“ zur Verfügung stellen zu können, war ein weiteres wichtiges Motiv. Hierbei sei aufgrund eigener Wahrnehmung angemerkt, dass es oft einer massiven Verhaltensveränderung bedarf, um die schulische Leistung zu verbessern. Anders formuliert: Die „Sitzenbleiber/innen“ oder

allgemein formuliert: Schüler/innen mit Leistungsdefiziten werden im bestehenden System buchstäblich im Regen stehen gelassen.

Individuelle Lernbegleitung

Die Idee der individuellen Lernbegleitung kann als eine der Säulen der neuen Oberstufe gesehen werden. Dabei hat diese nicht nur die Aufgabe, den Lernenden die doch komplizierten rechtlichen Rahmenbedingungen und die Möglichkeiten innerhalb dieser Rahmenbedingungen darzulegen. Vor allem geht es um die Diagnose des Lernverhaltens, um individuelle Lernstrategien, um die Strukturierung des Lernprozesses und um vieles andere mehr. An unserer Schule hat sich eine Gruppe von 15 Lehrpersonen für diese interessante Aufgabe interessiert und qualifiziert. Sie stehen Schülern/innen, die eine Frühwarnung erhalten haben, als Berater/innen zu Verfügung. Die Frühwarnung ist Voraussetzung für die Beratung und sie soll den Lernenden möglichst frühzeitig auf seine Schwächen hinweisen. Die Lernbegleitung

ist also auf die Fachlehrperson angewiesen. Dies gilt auch für einen möglichen Förderunterricht, der das Ergebnis der Beratung sein kann. Wichtig zu erwähnen ist, dass die neue Oberstufe kleinere Lerngruppen ermöglicht, als sie bisher für den Förderunterricht vorgesehen sind. So erfreulich die große Zahl der Lehrpersonen ist, die an unserer Schule bereit sind, Lernende zu beraten, so schwach war – zumindest am Anfang - die Nachfrage. Individuelle Lernbegleitung ist freiwillig. Unsere Erfahrung ist, dass das Angebot stark kommuniziert werden muss. Erfolgserlebnisse fördern ebenfalls die Bereitschaft, die Beratung in Anspruch zu nehmen. Förderlich ist eine Unterstützungsstruktur, die es für die individuelle Lernbegleitung gibt. Damit ist die finanzielle Abgeltung der Lernbegleiter/innen gemeint, aber auch formale Dinge wie die Frühwarnung, die Notwendigkeit der schriftlichen Anmeldung für die Semesterprüfungen, die Beauftragung der individuellen Lernbegleitung durch die Schulleitung u.a. unterstützen die Idee, dass eine

Erreichung des Lernziels jedem einzelnen Lernenden möglich ist. Abschließend zum Thema „individuelle Lernbegleitung“ sei noch auf einen zentralen Aspekt hingewiesen. Die Möglichkeit, das Ausbessern von bis zu drei negativen Noten bis zum Semester vor der abschließenden Prüfung hinausschieben zu können, birgt für die Schüler/innen eine große Gefahr. Geschieht das beispielsweise in einem Fach, dann fehlen dem Lernenden womöglich die Kompetenzen von eineinhalb Jahren. Diese dann alle – neben dem Stress, den die abschließende Diplomarbeit und die Vorbereitung auf die Reife- bzw. Diplomprüfung mit sich bringen – nachholen zu müssen, ist eine große Herausforderung. Auf das müssen individuelle Lernbegleitung, aber auch Klassenverband und Schulleitung unbedingt hinweisen.

Semesterprüfung

Eine weitere Säule der neuen Oberstufe sind die Semesterprüfungen. Sie sind notwendig, wenn ein/e Schüler/in ein Semester negativ abgeschlossen

hat. Aus unserer Sicht hat diese Prüfung mindestens zwei Vorteile, die sich möglicherweise für den Lernenden als Vor- und Nachteil erweisen. Jedes Semester muss positiv abgeschlossen werden. Die Lernenden können sich also nicht darauf verlassen, ein Semester lang nichts zu tun, um dann im Sommersemester alles auszubessern. Dafür werden für ihn die Lernpakete kleiner und er hat drei Chancen, eine negative Note auszubessern. Aus Sicht der Transparenz der Notengebung ist es auch wichtig zu betonen, dass die Lehrperson mittels Beiblatt zum Zeugnis diejenigen Kompetenzmodule, die zur negativen Note geführt haben, bekanntgeben muss. Für uns hat es sich in diesem Zusammenhang als nützlich erwiesen, dass nach wie vor die Leistungsbeurteilungsverordnung aus dem Jahr 1974 gilt. Die Lehrperson beurteilt und begründet eine negative Note, die dann ausgebessert werden muss. Wir empfehlen, die erste Semesterprüfung zügig nach Semesterbeginn, die zweite frühestens vier Wochen nach der ersten und die dritte am Schulschluss oder am Schulbeginn des nächsten Schuljahres anzubieten. Die/der Schüler/in hat gesetzlich die Möglichkeit, die Semesterprüfungen im folgenden oder im darauf folgenden Semester abzulegen. Dies führt zu einem erheblichen bürokratischen Aufwand, dem wir mit der Wiedereinführung von Übersichtskatalogen begegnen. Allerdings ist anzumerken, dass ohne die neue Schülerverwaltungssoftware SOKRATES die neue Oberstufe – zumindest

in einer großen Schule wie wir es sind – undenkbar wäre. Entlastend für die Schüler/innen ist ebenfalls, dass bei dieser Prüfung nur diejenigen Kompetenzen geprüft werden dürfen, die zur negativen Note geführt haben. Dies gilt auch bei einer möglichen Wiederholung. Dort darf wiederum nur das geprüft werden, was bei der 1. Semesterprüfung nicht gekonnt wurde usw. So verringert sich normalerweise der Stoffumfang.

Klassenverband bleibt erhalten

Mit der Einführung der neuen Oberstufe ist unser Gesetzgeber einen Mittelweg gegangen. Man hat sich nicht für ein richtiges modulares System, wie es in vielen anderen Ländern üblich ist, entschieden. Offensichtlich sollen damit in der österreichischen Bildungslandschaft „zwei Fliegen auf einen Streich geschlagen“ werden. Erstens soll der Klassenverband erhalten bleiben, wofür ganz sicher einiges spricht (Projektwochen, soziales Lernen, Kontinuität in der Zusammensetzung der Klasse u.a.). Zweitens will man vermeiden, dass Schüler/innen wegen Defiziten in einzelnen Fächern eine Klasse wiederholen müssen und ein ganzes Jahr verlieren. Die Zukunft wird weisen, ob dieses Vorhaben gelingt. Uns ist jedenfalls aufgefallen, dass sich die Zahl der Nicht genügend nicht dramatisch verändert hat. Ob die Zahl der Wiederholer/innen sinkt, kann aufgrund der zu kurzen Erfahrung noch nicht bewertet werden.



Das läuft im Ländle:

Zukunftsfonds – wo bleibt das Geld für Bildung?

Gerhard Pušnik

Ungewöhnlich scharf kritisierte im vergangenen Herbst der Vorarlberger Rechnungshof die Vorarlberger Landesregierung und deren Umgang mit den Geldern des Zukunftsfonds. Unmissverständlich hielt er fest: die Mittel wurden zweckentfremdet eingesetzt. Die Gründungsidee, das Geld für Bildung und innovative Projekte zu verwenden, wurde nicht umgesetzt. Zum Großteil wurde das Geld für Wirtschaftsförderung ausgegeben und zur Ausgabenbedeckung verwendet. Und zwar so, dass das ursprüngliche Vermögen von 74 auf 45 Mio. € schrumpfte.

Die Vorarlberger LehrerInnen-Initiative hat diese Kritik aufgenommen und in einer Presseaussendung verbreitet. Medien wie vol.at und ORF Vorarlberg haben die Presseaussendung in ihren Meldungen verwendet.

Der Zukunftsfonds ist die größte einzelne Rücklage des Landes. Dem Fonds wurden seit der Gründung 1987 beträchtliche Mittel durch Privatisierungen von Landesbeteiligungen zugeführt. Aus dem Vermögen ergaben sich zusätzlich enorme Einnahmen durch Finanzerträge. Allerdings war

die Ausgabenfreudigkeit der Landesregierungen doppelt so groß wie die Einnahmen und konnte nur durch „Entnahmen aus der Substanz kompensiert“ (RH-Bericht) werden. Durch diese großzügige Entnahmep Praxis sind die Mittel auf aktuell 45 Millionen Euro zurückgegangen. Gerhard Rüdisser, Obmann der UBG, hat für diese Praxis kein Verständnis: „*Die Landes-ÖVP zeigt in ihrer Überheblichkeit regelmäßige Richtung Wien und behauptet, wie gut sie hier im Westen wirtschaftete und was die Länder alles besser können. Wir werden hier allerdings wieder einmal eines Besseren belehrt.*“

Der Landesrechnungshof hat die Jahre 2009 – 2014 geprüft und kritisierte insbesondere die praktizierte Verwendung des Zukunftsfonds, die an der ursprünglichen Intention völlig vorbei gehe. Das Ziel, Bildungs- und andere Zukunftsprojekte zu fördern „*wurde dabei weitgehend aus den Augen verloren*“, so der Landesrechnungshof. „*Von der eigentlichen Idee des Vorarlberger Zukunftsfonds, Impulse in den Bereichen Bildung und Wirtschaft zu setzen und die Mittel nicht im Landesbudget aufgeben zu lassen, sei nicht mehr viel vorhanden*“, erklärt Landesrechnungshof-Präsidentin, Brigitte Eggler-Bargehr, laut ORF-Vorarlberg. Gespeist wurde der Zukunfts-

fonds mit Erlösen aus dem Verkauf von Landesbeteiligungen bei Seilbahnen, Anteilen der Illwerke/VKW und der Hypo-Landesbank.

Besonders pikant dabei ist ein vom RH aufgezeigtes Detail: die Hypobank, bei der der Zukunftsfonds veranlagt ist, hat zu wenig Zinsen bezahlt. Durch fehlende Kontrolle ist das dem Land gar nicht aufgefallen und erst von den Prüfern des RH aufgezeigt worden. Obwohl der Anspruch schon verjährt war, hat die Bank den Fehlbetrag von 43.000 Euro anstandslos nachgezahlt. 45 Millionen Euro im Topf, das ist ja auch nicht wenig. Möglichkeiten, mit diesem Geld Impulse im Bildungsbereich zu setzen, gäbe es genug. Wir werden weiter berichten.

<http://www.lrh-v.at/wp-content/uploads/2015/09/2300d.B.Endbericht.pdf>

Flüchtlingsklasse am GYS Feldkirch – ein Anstoß aus der Zivilgesellschaft

Im vergangenen Herbst erschienen zunehmend minderjährige Flüchtlinge im Gymnasium Schillerstraße zum Unterricht, die dann auf einzelne Klassen verteilt aufgenommen wurden. Viele von ihnen fanden Unterstützung durch das Engagement von Aly Elghoubashy, der am GYS unterrichtet. Er war gemeinsam mit seiner Frau Maria schon seit Beginn verstärkter Zuwanderung als Ansprechperson in der Flüchtlingsarbeit initiativ, als Betreuer und als Dolmetscher.

Bald haben wir LehrerInnen gemerkt, dass das ‚Mitlaufen‘ in den Klassen ohne entsprechende Deutschkenntnisse nicht besonders effektiv ist. Wir versuchten deshalb diese SchülerInnen phasenweise zusammenzufassen, um ihnen einige Stunden „Deutsch intensiv“ außerhalb des regulären Stundenplans und anzubieten. Daraus entstand bis Ende des Wintersemesters eine Klasse mit rund 25 SchülerInnen. Die

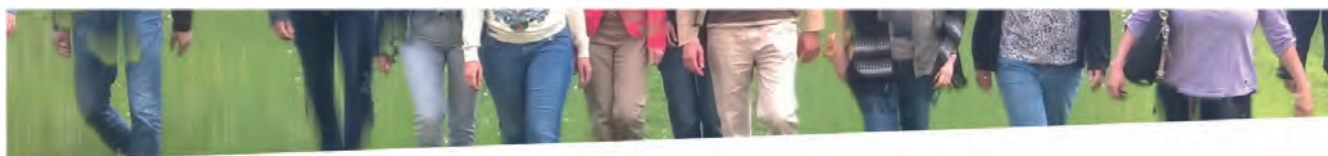
Initiativgruppe der Unterrichteten vergrößerte sich daraufhin – die ehrenamtlich unterrichtende Crew der KollegInnen erweiterte sich zusehends. So konnten wir mit Beginn des 2. Semesters jeden Vormittag 4-5 Unterrichtsstunden garantieren, d.h. wöchentlich 12 -15 Stunden D-intensiv, 5-6 Std. M, 2 Std. Informatik und 2 Std. Bühnenspiel. Das Ziel ist, bis Schuljahresende die Sprachkenntnisse deutlich zu verbessern, so dass die SchülerInnen auch Zertifikate erlangen können.

Diese Flüchtlingsklasse ist eine Reaktion auf den Bedarf nach Sprachunterricht und Integration. Wir fragen uns: Wer - wenn nicht die Schule - kann Sprache und Integration vermitteln? Wir sind aber auch der Meinung, dass das keine ehrenamtliche Tätigkeit bleiben kann.

Das Projekt ist aus der Initiative einzelner LehrerInnen

entstanden und wird von der Schulleitung/Administration und insbesondere von Dir. Georg Konzett sehr tatkräftig mit den Möglichkeiten, die er und die Schule haben, unterstützt. Zahlreiche GYS- SchülerInnen sind auf deren Eigeninitiative hin in dieses Projekt mit Sprach- und Konversationsstunden involviert. Neben der strukturellen und organisatorischen Absicherung versuchen wir, die Qualität des Angebotes zu verbessern, indem wir uns kundig machen, uns vernetzen, versuchen weitere ExpertInnen zu Rate und mit ein zu beziehen. Wir lernen im Gehen. Regelmäßige Austausch- und Koordinierungsbesprechungen erleichtern das. Unterstützung mit Unterrichtsmaterialien gab es bisher von der Stadt Feldkirch, vom Verein Initiative Begabung, vom ÖGB Vorarlberg, von der Unabhängigen Bildungsgewerkschaft. Gemeinsam sind wir stark und schaffen viele Hürden! GP

Wer den Herren und Damen Kurz, Mikl-Leitner, Doskozil, Faymann und Mitterlehner zuhört, wird nicht vermuten, dass es sich bei denen, über die sie reden, um Menschen handelt.



www.oeliug.at

Extra-Seite "Europas Wege in der Flüchtlingspolitik"

Gymnasien dürfen neue Oberstufe verschieben

Heinisch-Hosek gibt dem Drängen der Elternvertreter/innen und Administrator/innen der Gymnasien (AHS) nach. Erst kürzlich haben sie gegenüber der Ministerin von „Verunsicherung“ und von nicht weiter definierten „Baustellen“ in den AHS bei der geplanten Einführung der Neuen Oberstufe (NOST – früher MOST) gesprochen. Die Wiener AHS-Administratoren „warnten“ sogar vor einem Wechsel auf das neue System. Die Vorgangsweise ist nicht neu. Auf der Gerüchtebörse wurde die Verschiebung schon lange angekündigt, vor allem von LSIs und Direktoren in NÖ und Wien, die hier wieder einmal ihre Loyalität mit dem Dienstgeber bewiesen haben.

Die von den ganz ‚wichtigen‘ Menschen im Bildungssystem vorgebrachten „massiven und fundierten“ (Die Presse) Kritikpunkte reichten aus, dass die Bildungsministerin sofort die Notbremse zog und ein Opt-out-Modell verkündete. Die AHS können den Start um ein oder zwei Jahre verschieben. Ab 2019 soll sie dann fix in ganz Österreich ab der zehnten Schulstufe eingeführt sein. Da sind wir aber einmal gespannt.

Aus dem Ministerium

sind demnächst folgende Neuerungen zu erwarten. Ein Schulrechtspaket wird derzeit geschnürt, in dem die Sprengelregelung flexibilisiert, die alternative Beurteilung bis zu 3. Klasse fixiert und Sprachstartkurse installiert werden. Endlich soll auch die pädagogische und organisatorische Autonomie umgesetzt werden. Um deren Qualität abzusichern wird eine Autonomiebeauftragte im Ministerium eingesetzt. Ihr Name: **Susanne Brandsteidl**. Über zusätzliches Unterstützungspersonal für die Schulen, finanzierte Flüchtlings- und Integrationsklassen wurde nichts bekannt.

NMS: Raus aus der „persönlichen Komfortzone“!

Das Pädagogische Argumentarium zu NMS-relevanten Themen „empört“ NMS-Lehrer/innen. Im Auftrag des BMBF haben **Tanja Westfall-Greiter** und **Christoph Hofbauer** für das Bundeszentrum für lernende Schulen (ZLS) eine Argumentationshilfe für Schulleiter/innen und Lerndesigner/innen zusammengestellt.

Geht man beim Lesen der ersten Zeilen noch davon aus, dass die Verfasser das Argumentarium „als Gesprächs- und Diskursgrundlage und sachliche Information“ zu den NMS-relevanten Themen anbieten wollen, wird einem schnell klar, dass eine Diskussion in dieser Sache nicht erwünscht ist.

Gleich zu Beginn wird den Leser/innen klar, was von jenen „Akteurinnen und Akteure[n] auf allen Systemebenen“ zu halten ist, die diese Entwicklung nicht „als wünschenswerte, notwendige Weiterentwicklung“ sehen. Kolleg/innen, die diesem theoretischen Überbau um die NMS weniger abgewinnen können oder ihn kritisch hinterfragen, werden als jene betrachtet, die die „Komfortzonen“ nicht verlassen wollen und resistent gegenüber allem sind, was neu ist und von außen kommt.

Die AutorInnen Westfall-Greiter und Hofbauer vermitteln den Eindruck, Kritik sei weder konstruktiv noch erwünscht, sondern „Widerstand gegen Veränderungszumutungen“. Das sei zwar „verständlich“, da „von außen herangetragene Ansprüche, die persönliche Komfortzone zu verlassen, zuerst mit Skepsis betrachtet bzw. abgelehnt“ werden. Zum professionellen *Kompetenzkatalog* von Pädagoginnen und Pädagogen gehöre jedoch (und da wird jetzt der Entwicklungsrat der PädagogInnenbildung NEU zitiert), „... *mit der Profession und den relevanten Wissenschaften in Kontakt [zu stehen], ein begründetes Professionsbewusstsein und den Willen [zu haben], entsprechend qualitätsorientiert zu handeln.*“ Deshalb brauche es auch dieses „Argumentarium“ für den „Umgang mit Widerstand“.

Auch wir halten die Verbindung zu zeitgemäßer und kritischer Wissenschaft für unabdingbar. Das was in diesem Argumentarium verbreitet wird, ist allerdings ein reaktionärer Zopf, dient der Einschüchterung und nicht der Klärung.

„Einerseits sind Lehrende verpflichtet, am neuesten Stand der Wissenschaft zu lehren, andererseits kann Lehrfreiheit eingeschränkt werden....“ Die AutorInnen reden vom „Mythos der Lehrfreiheit“ und erklären den DirektorInnen, dass Lehrfreiheit da ihre Grenzen habe, wo ein Lehrplan oder eine Studienverordnung den Unterricht regelt. Wenn die Lehrperson das nicht einsieht, dann gibt es ja immer noch die „Weisung“. Allen Ernstes: Behauptet heute tatsächlich noch jemand, dass Kompetenzorientierung, Individualisierung, grundlegend/vertiefend, ja, dass die Einführung der NMS irgendetwas mit dem „neuesten Stand der Wissenschaft“ zu tun hat? Es geht in diesem Argumentarium um etwas anderes, nämlich ums Durchsetzen eines von vornherein vermurksten Projektes.

Schwarz-Grüne Suche nach Bestätigung

Dornbirns Bürgermeisterin **Andrea Kaufmann** und der grüne Landesrat **Johannes Rauch** waren von 23.- 27. Februar nach Ploiesti (Rumänien) gereist, um sich von den dortigen Behörden praktische Tipps für den herben Umgang mit Roma geben zu lassen bzw. um herauszufinden, wie man die bettelnden Roma in Vorarlberg leichter wieder loswerden könnte. Aus Medienberichten erfahren wir nun Überraschendes. Rauch und Kaufmann wurden in ihren Haltungen (Bettel- und Campingverbote, den „notreisenden“ Roma das Überleben in Vorarlberg möglichst schwer zu machen) bestätigt. Die Roma gehören einfach nicht hierher, ins „subre Ländle“.

Schwarz und grün sind sich auch beim Resümee einig: Die Vernetzung mit der rumänischen Kinder- und Jugendwohlfahrt, mit den Hilfsprojekten und

der rumänischen Polizei, sowie weitere Arbeitsbesuche dienen allein dem Zweck, den Roma das Leben in Vorarlberg unmöglich zu machen. Aus den Berichten von LR Rauch und Bgm. Kaufmann geht hervor, dass die neunköpfige Reisegruppe sich in erster Linie bei offiziellen staatlichen Einrichtungen informiert hat, mit dort lebenden Roma haben sie kaum geredet. Eben so, wie man es sich von einer Fact-Finding-Mission erwartet. Laut STANDARD geht den beiden Politikern auch der Verkauf der Straßenzeitung „Marie“, die eigentlich der Information und Bildung der Vorarlberger Bevölkerung dient, durch „Notreisende“ (so schön kann Amtsdeutsch sein!) zu weit, das sei „nicht erwünscht“.

derstandard.at/2000033196639/Schwarz-gruene-Restriktionen-gegen-Bettelnde-in-Vorarlberg

Zukunftsfonds

Gerhard Rüdissler (Unabhängige Bildungsgewerkschaft) und der Obmann der VLI, Gerhard Pušnik, kritisierten in einer Presseaussendung den Umgang mit Geldern des Zukunftsfonds: „Vorarlberg hat seit langem Bedarf an Bildungsinvestitionen. Wir erinnern an den hohen Prozentsatz an Pflichtschulabgängern mit Defiziten in den Grundkompetenzen, an die vielen Abgänger, die keinen Hauptschulabschluss haben, an notwendige Frühförderung oder an die baulichen Zusände in manchen Oberstufenrealgymnasien, hier sei nur das Sportgymnasium erwähnt, in dem seit Jahren unter unzumutbaren Verhältnissen gelernt und gelehrt werden muss. Hier hätte man Bildungsprojekte umsetzen und Arbeitsplätze schaffen können“.

Offensichtlich haben die beiden einen sensiblen Bereich getroffen. Die Reaktion der ÖVP-Bildungssprecherin, **Schöbi-Fink**, war auffallend heftig.

Sportgymnasium – unzumutbare Arbeitsbedingungen und kein Ende

Gerhard Pušnik

Die Arbeits- und Lernbedingungen am Sportgymnasium sind schon lange unzumutbar. Das ist seit langem bekannt. Trotz der kurzen medialen Aufregung um die unzumutbaren Lärmbelästigungen durch den Abbruch einer Messehalle direkt neben dem Sportgymnasium hat es seitdem manche Besprechung und die eine oder andere Sitzung gegeben. Eine Entscheidung ist immer noch nicht gefallen, ein Termin für einen Neubau nicht bekannt, möglicherweise in weiter Ferne.

Klar ist, dass der Bund für die Finanzierung der Bundesschulen verantwortlich ist. Die Initiative, die Vorarbeiten und Planungen müssen allerdings im Land gemacht werden. Obwohl die Zustände schon lange bekannt sind, ist erst durch die Protestmaßnahmen – insbesondere der SchülerInnen – Bewegung in die Sache gekommen. Bislang wurden sie ja immer wieder vertröstet. Neben den unzumutbaren Arbeitsbedingungen für SchülerInnen und LehrerInnen aufgrund der schlechten Bausubstanz und der beengten räumlichen Verhältnisse ist vor allem auch die Unvereinbarkeit der Bedürfnisse und Notwendigkeiten einer Schule mit den Anforderungen eines expandierenden Messebetriebes ein zentraler Knackpunkt.

Um diesen Zustand zu beenden, braucht es wohl einen neuen Standort und auch einen Neubau. Die Probleme, die Daten und Fakten, die Zuständigkeiten und Unzumutbarkeiten sind alle seit langem bekannt, die Schule ist seit 5 Jahren eigenständig. Seit der medialen Aufregung im Herbst sind Monate vergangen. Die betroffenen SchülerInnen und LehrerInnen fragen sich inzwischen, was ist geschehen, was wird wohl geschehen und vor allem, wann wird etwas geschehen? Darüber gibt es bis jetzt keine Informationen.

Am 14. März 2016 wurde vor mehr als 350 Funktionären aus Sportvereinen und -verbänden, vor allem aber Verantwortungsträgern aus Politik und Wirtschaft die neue „Sportstrategie 2020“ präsentiert: „Auf 23 Seiten liefert das Papier einen komprimierten Überblick über die künftigen Schwerpunktthemen. Landeshauptmann Markus Wallner und Sportlandesrätin Bernadette Mennel sprachen von einem *ambitionierten Fahrplan und herausfordernden Arbeitsprogramm für die nächsten fünf Jahre* lobhudelt die Website der Landesövp.

LH Wallner: „Das gut entwickelte Sportstättenangebot und die qualitativ hochwertigen Rahmenbedingungen in vielen Bereichen machen deutlich, dass sich der gemeinsame tatkräftige Einsatz von Land und Gemeinden positiv auswirkt“.

Im angesprochenen 23seitigen Werbefolder kommt das Wort Bildung häufig im zusammengesetzten Wort ‚Ausbildung‘ vor. Es ist von der Etablierung einer nachhaltigen Sport- und Bewegungskultur, von Wirkungsdimensionen, vom Ethik und Werteverständnis, von Kernzielen die Rede. Das „Sportgymnasium Dornbirn“ kommt allerdings mit keinem Wort vor.

Wir können davon ausgehen, dass wir weiterhin von den intensiven Bemühungen der Verantwortlichen zur raschen Realisierung eines Neubaus, also von Arbeitsgruppen, Begehungen, Besprechungsterminen, neuen Sportstrategien und somit von der Stillstandskultur beim Bauvorhaben Sportgymnasium berichten können.

Empfehlungen!

Tagung „Sozial.Staat.Zukunft - es geht nur anders!“

am 22. und 23. April 2016 im Festspielhaus.

U.a. werden der Wirtschaftswissenschaftler Heiner Flassbeck und AK-Chefökonom Markus Marterbauer referieren. Darüber hinaus finden Workshops mit ExpertInnen wie Bernhard Achitz, Romana Brait, Anton Amann und Michael Dietrich statt. Im Zentrum steht dabei die Frage was sozial- und wirtschaftspolitisch unternommen werden kann, um die Wirtschaftskrise zu überwinden.

Anmeldung und nähere Infos: www.gbw.at/sozialstaatzukunft

Die Tagungsgebühr beträgt 60 Euro, für Gewerkschaftsmitglieder 40 Euro (inkl. Verpflegung). Die **Unabhängige Bildungsgewerkschaft (UBG)** und die Vorarlberger LehrerInnen-Initiative (VLI) unterstützen diese Tagung.

Mitglieder der UBG erhalten eine Ermäßigung.

Anmeldebestätigung an: office@bildungsgewerkschaft.at

Effektives Lernen durch ‚Formative Assessment‘

Montag 16. Mai 2016 | Vortrag / Beginn 19.30

Dienstag 17. Mai 2016 | Seminar 09.30 - 15.30

Ort: Kom Altach, Kirchfeldstraße 1a

‚Formative Assessment‘ ist ein Sammelbegriff für ein Bündel von praxiserprobten, evidenzbasierten Strategien mit dem Ziel, das Lernen für LehrerInnen und SchülerInnen sichtbar zu machen und alle SchülerInnen zu befähigen, selbstsichere und selbstständige Lernende zu werden. Shirley Clarke (England) ist eine weltweit führende Expertin für ‚Formative Assessment‘. Referentin: **Shirley Clarke**

Anmeldung und weitere Infos: www.schule-nextpractice.com

Anmeldung für LehrerInnen bis 22.04. über PH-online.

(Vortrag EUR 10.-, Tagesseminar EUR 45.- (ohne Mittagessen), Mittagessen EUR 9.-)

Soziale Praktiken und generationales Ordnen: Den Wandel gestalten!

27. - 30. April 2016 | Festspielhaus Bregenz

Es werden die Kräfte unserer Gegenwart nachgezeichnet, die in ihren Wechselwirkungen die Lebenschancen unserer Kinder und Jugendlichen prägen. Wie kann gesellschaftliche Teilhabe gelingen, welches sind die Voraussetzungen für die Kooperation zwischen den Generationen und Professionen sind. Berücksichtigt werden Wirkungen von Armut, ökonomischer Ungleichheit, Flucht und Migration; Stress, psychische Gesundheit und die Folgen von psychischer Erkrankung; Bedeutung und Wirkung virtueller Welten und der social media; neue Autorität und Wertesysteme in Elternschaft und Bildung; Friedensarbeit und sozialräumlich orientierte Prävention.

ReferentInnen: John Hunter, Felix Warneken, Daniele Glätzle-Rützler, Franz Schultheis, Richard Wilkinson, Doris Bühler-Niederberger, Judith Hollenweger Haskell, Sabine Walper, Gehad Mazarweh, Ulrich Ladurner, Wulf Schiefenhövel, Yazdi Kurosch, Michael Kaess, Elisabeth Handke, Frederick Groeger Roth, Silke Wiegand-Grefe, Martin Lemme, Herbert Siegrist, Ursula Henzinger, Maria Kluge.

Das Detailprogramm unter www.weltderkinder.at

Impressum

VLIKraft ist das Mitteilungs- und Diskussionsorgan der Vorarlberger LehrerInnen Initiative – VLI zur Förderung von Demokratie und Transparenz in Schule, GÖD und Gesellschaft.

Redaktion

Katharina Bachmann
Franz Bickel
Veronika Bohle
Ingrid Grass
Edeltraud Mathis
Sabine Mathis,
Gerhard Pušnik
Manfred Sparr

vli@vlikraft.at
April 2016

Schulen schauen – Brücken bauen

Eine Initiative der UBG und des LEVV

Ministerielle Schelte seit Jahrzehnten und unausgegorene Schulreformen, von Schreibtischtätern konzipiert, bringen enorme Unruhe in die Schullandschaft und vermitteln der Öffentlichkeit ein oftmals katastrophales LehrerInnenbild. Kein Berufsfeld kennt mehr ExpertInnen als jenes der Pädagogik. Jeder hat zumindest eine Schule besucht und glaubt daher genau zu wissen, was unterrichten heißt. Wie sehr sich die Schulrealität verändert hat, was engagierte Lehrpersonen zu leisten imstande sind, welche Bedürfnisse eine moderne Schule hat, kann man nur durch eigene Anschauung erfahren. Da die unterschiedlichen Schulen bzw. deren Lehrpersonal in Zukunft schon allein durch die gemeinsame universitäre Ausbildung zusammenwachsen, finden wir es an der Zeit, uns in den jeweils anderen Schultypen umzusehen. Die Reihe „Schulen schauen – Brücken bauen“ gibt uns die Gelegenheit dazu.

Unsere erste Station waren die Volksschule und die UNESCO-Mittelschule Bürs. Während der Trakt mit den neuen Turnsälen noch einige Zeit bis zur Fertigstellung benötigt, haben die beiden Schulen schon den gemeinsamen Baukörper bezogen. Man merkt den lichtdurchfluteten und großzügig bemessenen Räumen an, dass Architekt Gerhard Gruber die Vorstellungen der Lehrenden in die Planung einfließen hat lassen. Die Bedingungen für Kinder und Lehrpersonen sind optimal und es sind Spezialräume mit zukunftsweisender Ausstattung vorhanden. Die Klassenräume sind modern ausgestattet und entsprechen unserer digitalen Welt mit Computerausstattung und interaktiven Whiteboards. Auch die Voraussetzungen für eine ganztägige Betreuung sind durch eine professionelle Küchenausstattung mit Speisesaal gegeben. Die Aula, zwischen den beiden Schulen angeordnet, bietet Raum für Mittagessen und Schultheateraufführungen. Es wurden hochwertige Baumaterialien verwendet, vor allem helle Holzwände und -möbel vermitteln ein heimeliges Gefühl. Die Haustechnik garantiert gleichbleibend gute Raumverhältnisse (Temperatur, CO₂-Gehalt, Lärmdämmung).

Ob das Umfeld das Schulklima bestimmt oder gerade der Geist, der hier herrscht, geholfen hat eine solche Lernlandschaft zu schaffen, bleibt dahingestellt. In beiden Schulen ist Inklusion ein Thema und wird Integration seit Jahren gelebt. Ein paar Zahlen sollen stellvertretend die Situation in der VS darlegen: 139 SchülerInnen, davon sind 40,3 % Kinder mit nicht-deutscher Muttersprache (aus 15 verschiedenen Sprachräumen), 13 außerordentliche SchülerInnen, 9 Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf, 1 Kind mit erhöhtem sonderpädagogischen Förderbedarf.

In beiden Schulen wird ein ähnliches Konzept zur Bewältigung der heterogenen Klassen gepflegt. In der VS geschieht die innere Differenzierung durch Planarbeit in Stationen, es gibt zusätzliche Räume für Gruppen- / Einzelarbeiten und offene Lernphasen im Lernatelier.

In der VMS Bürs erhalten die Kinder differenzierte Arbeitspläne für die Fächer Deutsch, Mathematik und Englisch. Das notwendige Material, die sogenannte „vorbereitete Umgebung“ wird von den Lehrerteams erstellt und bereitgestellt. Der Lehrer/die Lehrerin sieht sich als Begleiter/in des Lernens und steht für Fragen und besondere Hilfestellungen zur Verfügung. In beiden Schulen ist Teamteaching ein wichtiger Bestandteil zur individuellen Förderung. Unmöglich, alle Eindrücke mitzuteilen, die beim Besuch der beiden Schulen vermittelt wurden. Umso mehr kann ich nur empfehlen, die nächsten „Brücken“ zum Kennenlernen anderer Schulkonzepte zu beschreiten.

<http://vs-buers.vobs.at/volksschule-buers/willkommen/>
<http://vms-buers.vobs.at/schulgebaeude/>

Franz Bickel

schule
beWe gEn

Volksschulen
Neue Mittelschulen
AHS + BMHS
Alternativschulen

SCHULEN
SCHAUEN

BRÜCKEN
BAUEN

ARGE GEMEINSAME SCHULE

Vorarlbergs Schullandschaft ist vielfältig und bunt

Wir wollen diese Vielfalt hervorkehren, indem wir in jeweils andere Schulen und Schultypen schnuppern.

Die Bedingungen für Lehren und Lernen sind verschieden

Wir wollen die Lehr- und Lernbedingungen, Unterrichtsformen und -methoden in den verschiedenen Schultypen kennenlernen.

Mehr Verständnis durch mehr Einblicke

Durch Schulbesuche, gegenseitiges Beobachten, Teilnahme am Unterricht, Gespräche und Diskussionen bekommen wir ein besseres Verständnis für die Situation der anderen Schulen.

**SCHULEN schauen –
BRÜCKEN bauen
wird im Schuljahr 2016/17
fortgesetzt.**